

	1917	1916	Unterschied
Großbritannien	1200,9	811,2	+ 389,7
Spanien	688	128,2	- 60,2
Schweiz	131	101	+ 30
Englisch Indien	498,2	190,6	+ 307,6
Ägypten	23,4	33,4	- 11
Argentinien	350,1	351,9	- 1
Vereinigte Staaten	2431,8	1734,3	+ 697,5

Ausfuhr in Mill. Lire:

Nach			
Frankreich	462,5	398,6	+ 63,9
Großbritannien	247,8	294,9	- 47,1
Spanien	27,6	20,7	+ 6,9
Schweiz	355,9	302,6	+ 53,3
Englisch Indien	39,7	46,2	- 6,5
Ägypten	60,6	61,4	- 0,8
Argentinien	89,8	117,5	- 27,7
Vereinigte Staaten	136,8	176,8	- 40

Die Ergebnisse dieser Übersicht, in der die wichtigsten Länder aufgeführt sind, stimmen in der Addition nicht überein mit den oberen Gesamtausweiszahlen. Die Addition der beiden Tabellen ergibt für die Gesamtheit der aufgeführten Länder eine bedeutende Steigerung des Einfuhrwertes seit 1916 bei ziemlich unverändertem Ausfuhrwert. Vielleicht liegt der Unterschied beider Aufstellungen darin begründet, daß in den Ländertabellen nicht die alten Handelswerte zugrunde gelegt sind.

Wenn diese von verschiedenen, guten italienischen Quellen gebrachten Zahlen korrekt sind, so dokumentieren sie vor allem, daß Amerika und das britische Reich in der italienischen Einfuhr immer mehr vorherrschen und andererseits immer weniger italienische Fabrikate aufnehmen, also den Hauptanteil an der immer ungünstiger werdenden Handelsbilanz tragen.

Diese hat die italienische Valuta so ungünstig beeinflusst daß die italienische Regierung eine Reihe von besonderen Maßnahmen zum Schutz der Valuta genötigt sah.

Wenn auch nicht unmittelbar hierher gehörig, mag an dieser Stelle zunächst der nach „Comm. et Fin. Chron.“ v. 3. 11. am 30. 10. in Amerika aufgenommene Kredit von 230 Mill. \$ erwähnt sein, aus dem die großen Einkäufe an Lebensmitteln, Rohlen usw. gezahlt werden sollten.

Zwecks Regulierung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland ist ferner in Rom das Instituto Nazionale dei Cambi ins Leben gerufen, dem der Devisenhandel bis sechs Monate nach Friedensschluß als Monopol übertragen ist. Filialen sind in allen großen Städten errichtet.

Die „Ag. Econ. et Fin.“ v. 27. 11. meldet, daß Einfuhrzölle von jetzt bis sechs Monate nach Friedensschluß in Schatzscheinen (statt Gold) mit einem Aufschlag von 50 % der zu zahlenden Summe, beglichen werden können.

Außerdem wurde Anfang Dezember den Exporteuren vorgeschrieben, die Zahlungen für ausgeführte Waren in der Währung des Bezugslandes zu verlangen. Aufgehoben wurde diese Vorschrift später für Länder, deren Valuta schwer zu behandeln ist, besonders für Südamerika.

Kredite im Auslande dürfen nach einem Dekret des Finanzministers nur noch zum Ankauf solcher Waren eröffnet werden, die in der nächsten Zeit importiert werden, ferner ist die Ausfuhr italienischer Werte (auch Wert-

papiere) untersagt worden. Auf diese Weise hofft man die wilde Spekulation in italienischer Valuta einzuschränken und die Valuta günstig zu beeinflussen.

Während die Vereinigten Staaten Italien wenigstens finanzielle Hilfe gewährten, begnügt sich England mit der Schaffung einer British-Italian Commercial Association, die für die Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern wirken und sich besonders durch Vermittlung von Informationen, Statistiken usw. nützlich machen soll. Praktisch handelt es sich also um Förderung der englischen Ausfuhr nach Italien. Letzterem aber wäre weit mehr gedient durch vermehrten Absatz seiner Erzeugnisse nach England, der durch die englischen Einfuhrbeschränkungen sehr beschränkt ist. Frankreich hat im August die Beseitigung dieser Schranke für seine Erzeugnisse im wesentlichen durchgesetzt. Hierdurch wird Italiens Position weiter verschlechtert, da die mit der Einfuhrlimitierung verbundenen Schwierigkeiten und Umständlichkeiten die englischen Käufer veranlassen, Frankreich als Bezugsland zu bevorzugen.

Weniger zum Vorteil Italiens als seiner Verbündeten wird auch das von England, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien selbst gegründete und finanzierte Büro zum Einkauf italienischer Seiden wirken, da der Wettbewerb der Käufer damit beseitigt wird. Die Handelskammer von Lyon soll die Einkaufsoperationen leiten und mit den Handelskammern von Mailand und Turin zusammenarbeiten und nur an diesen zwei Plätzen ihre Käufe betätigen.

Warenmarkt

Die „Gazetta uff.“ veröffentlicht Höchstpreise der nächsten Ernte für Getreide, die erhöht und wie folgt festgesetzt sind:

Weichkorn und Halbhart	60 Lire je dz	} netto für Ware ab Lager des Inhabers
Harikorn	70 „ „ „	
Haser und Mais	45 „ „ „	
Gerste und Roggen	50 „ „ „	

Es wird bei dieser Gelegenheit wieder auf die dringendst nötige Ausdehnung des Anbaus aufmerksam gemacht.

Ferner sind neue Höchstpreise für Häute von Rindern und Pferden lt. „Gole“ v. 12. 12. festgesetzt, insbesondere für Ochsenhäute 1,90–2,10 Lire je kg; Kuhhäute 1,80–2,20; Kalbsfelle, sehr leicht 3,20–3,80; leicht 2,70–3,30; mittel 2,50–3,10 Lire.

Weitere Höchstpreise sind nach „Gole“ v. 7. 11.: Butter 300 Lire je dz für frische Winterware, denaturierter Spirit 13 Lire je hl.

Für Hanf sind Höchstpreise eingeführt worden, und zwar von 530–590 Lire je dz, je nach Qualität, abfallende Sorten 440 Lire. Das italienische Finanzministerium hat die Ausfuhr von 20 000 dz gewebter Hanfwaren mit Ausnahme von Garnen für die Monate November bis Januar erlaubt.

Bahnverkehr

Seit dem 25. November mußte der Verkehr durch Einstellung einer sehr großen Zahl von Zügen beschränkt werden. Dies führte zu einer solchen Überlastung der verbliebenen Züge, daß die Verwaltung eine nochmalige Erhöhung aller Tarife ab 10. 12. vornahm.

H. St.

Chinas innere Krise und Japan

Japan und die innere Krise

Seit wir zuletzt im Oktober (Nr. 43 v. 26. 10.) die innere Krise Chinas erörterten, haben sich die innerpolitischen Verhältnisse noch verworrener gestaltet. Der Gegensatz des Nordens gegen den Süden hat zu größeren Kämpfen in Hunan und

Szechwan geführt. Auch in Swatau soll es zu einem Zusammenstoß gekommen sein. Ferner wird von Aufruhr in Ningpo und Anhwei berichtet. Die Niederlage der Nordtruppen in Hunan hatte den Rücktritt des bisher die Nordpolitik beherrschenden Ministerpräsidenten Tuan Schi-fu,

des Vertrauensmannes seines japanischen Kollegen Terautsch, im Gefolge. An seine Stelle trat der bisherige Generalstabschef Wang Schi-tscheng. Dieser Wechsel bedeutet aber nicht etwa eine von China ausgehende Niederlage der Terautschpolitik, sondern war nur möglich, weil ein Wechsel in der Personenorientierung vorher bereits auf Grund eines Beschlusses des unlängst gegründeten zwischenparteilichen diplomatischen Beirats in Aussicht genommen war, um den vor der chinesischen Öffentlichkeit allzusehr als japanische Kreatur kompromittierten Tuan durch einen anderen Interessenanwalt zu ersetzen. Nachdem Amerika Japans Vorherrschaft in China anerkannt hatte, konnte Japan diesen Gewaltpolitiker entbehren. Die Wahl fiel auf den Generalstabschef, der ein Haupt der Gegenpartei Tuans unter den Militärs des Nordens war. Da unter ihm als Generalstabschef die chinesische Regierung eine größere Waffenleihe in Japan aufgenommen und, soweit die Meldungen reichen, auch bereits die erste Lieferung erhalten hat, ferner eine Modellarmee von drei Divisionen unter japanischer Leitung gegründet hat, so hat er für Japan wohl die Qualifikation zum chinesischen Ministerpräsidenten genügend nachgewiesen. Außerdem hat er vom Tuankabinett den Verkehrsminister Tschau Ju-lin übernommen, einen unbedingt zuverlässigen Japanmann, der erst eben unter für China sehr ungünstigen Bedingungen eine 20 Mill. Yen Anleihe für die Reform, richtiger Japanisierung der Verkehrsbank abgeschlossen hat.

An der Tatsache, daß die Peking Regierung japanisch orientiert bleibt, darf man sich auch nicht irre machen lassen durch den formalen Protest der chinesischen Regierung gegen das Japan-Amerika-Abkommen über China, der noch unter Tuan am 13. November in Washington (und angeblich auch in Tokio) überreicht wurde. Dieser mußte erfolgen, um gegenüber der chinesischen Bevölkerung das Gesicht zu wahren.

Die innerpolitischen Gegensätze in China hören, je länger sie dauern, desto mehr auf, Gegensätze zwischen demokratischen und autokratischen Staatsideen zu sein und immer klarer kennzeichnet sich der Kampf zwischen Norden und Süden als ein Eifersuchtsstreit macht- und geldgieriger Mandarinen, deren häßliche Blößen nur mehr dürftig durch ideologische Phrasen bedeckt sind.

Unter den Führern des Südens spielt der „Generalissimus“ Sun Yat-sen nur mehr eine dekorative Rolle. Hauptperson ward General Lu Yung-ting, der Inspektor beider Kwang-Provinzen, und Tutschun Tang Tschai-jau von Hunan. Im Norden hat die wechselseitige Eifersucht zu sehr komplizierten Verhältnissen geführt. Der jetzt gestürzte, alle überragende Tuan Tschai-jui stand von Anfang an in geheimem, aber um so erbitterterem Streit mit dem neuen Präsidenten Feng, der, um Tuan entgegenzuwirken, ständig nach dem Süden Fühlung suchte und in verdächtiger Weise solange mit Lu Yung-ting verhandelte, bis dieser selbst durch bewaffnetes Eingreifen in Hunan gegen die Regierungstruppen dem Trugspiel ein Ende bereite und die infolge der Auslöschungshoffnungen unzureichenden Regierungstruppen schlug. Fengs Politik ward gestützt von Tutschun Tschau-kun von Tschili, ferner vom Generalstabschef und jetzigen Ministerpräsidenten Wang und vom Peking Genbarmertechef Kiang Tschau-tschung. Tuan hatte sich dagegen gestützt auf den Nachfolger des Kaiserreichgründers Tschang Hsun, den ränkevollen Ni Schi-tschung, den er zum Tutschun von Anhwei und Generalinspektor des Yangtse ernannte, ferner auf Tuan Tschai-kwei, einen besonderen Günstling, dem er seine zuverlässigsten Truppen unterstellte, und den er gerne zum Generalstabschef gemacht hätte.

Eine Sonderstellung nehmen hierneben die Tutschuns der Mandchuren ein.

Um diese Hauptpersonen gruppieren sich zahlreiche Größen zweiten Grades, aus denen aber jeden Augenblick neue Rivalen erster Ordnung erwachsen können. Es ist ohne weiteres klar, daß unter diesen Verhältnissen aus eigener Kraft eine starke Zentralregierung nicht aufkommen kann, so daß China immer mehr dem inneren Zerfall entgegensteht.

Dem politischen Zerfall gefellt sich das wirtschaftliche Elend. Die furchtbare Juliüberschwemmung hat sich mit dem Herbstregen Ende September wiederholt und wieder besonders die Gebiete um Peking und Tientsin heimgesucht. Obdachlos sehen Millionen von Menschen einer Hungerkatastrophe im Winter entgegen.

Der Handel mit dem Ausland stockt durch Schiffsraumangel und Handelsbeschränkungen der kriegführenden Mächte. Der hohe Wechselkurs konnte für die Einfuhr nicht ausgenützt werden und lähmte die Ausfuhr.

Die Staatsfinanzen werden durch die politischen Wirren ruiniert und das in einer Zeit, die einer Konsolidierung selten günstig ist. Bei dem hohen Wechselkurs genüaten zeitweise schon die halben Saelteträge, um die Zinsen der Auslandsschuld zu bezahlen. So ergaben Salzsteuer und Zölle beträchtliche Überschüsse über die auf ihnen ruhende Zinslast. Darüber hinaus fielen seit der Kriegserklärung die Schuldzahlungen an die Mittelmächte aus und von der Entente ward der Nachlaß der Vorgesandzahlungen für fünf Jahre (von Rußland nur der halben Schuld) zugestanden, wenn auch bisher anscheinend noch nicht verwirklicht. Trotz dieser günstigen Bedingungen müssen Anleihen über Anleihen aufgenommen werden. Japan gab 10 Mill. Yen Vorschuß auf die endlich beschlossene 100 Mill. \$-Anleihe des Bankensyndikats, 20 Mill. Yen für die Verkehrsbank, 4 Mill. Yen neues Geld für die Kirin-Tschangtschunbahn, 10 Mill. Yen Waffenleihe. Selbst für die Überschwemmungshilfsaktion mußte sich die Regierung erst von einem Bankenkonzortium von 7 Banken 700 000 \$ für die wichtigsten Ausgaben leihen. Hierneben sind noch andere Bahnanleihen und große Anleihepläne (vor allem eine „innere“ Anleihe von 50 Mill. \$, die der Finanzminister Kiang Kischau Ende September vorschlug) zu erwähnen. Übrigens möchte auch Sun Yat-sen für den Süden bescheidene 50 Mill. \$ pumpen.

Und zu welchen ungünstigen Bedingungen wird das Geld aufgenommen! Suicidal Finance nennt „North China Herald“ v. 13. 10. die Peking Anleihewirtschaft. Von dem 10 Mill. Yen-Vorschuß hat man den Japanern 8 % Vergütung und Kommission gewährt, von der Kirin-Tschangtschunanleihe erhielt man 91½ %, aber nicht in Yen, sondern in Saels, die damals so hoch im Kurs standen, daß China nur die halbe Saelszahl erhielt. Außerdem ward die Bahn den Japanern nahezu völlig ausgeliefert. Die Verkehrsbankleihe, über die offiziell nichts bekannt gegeben wird, soll angeblich zu 85 % ausbezahlt werden, dazu 7½ % Zinsen und Unterstellung der Bank unter japanische Kontrolle. Gerade die Verkehrsbank hat unter Tuan sehr stark die Regierungspolitik finanziert. Nach Mitteilung ihres früheren Leiters, des jetzigen Verkehrsministers, hatte sie Anfang August rund 30 Mill. \$ der Regierung vorgeschossen. Mit dieser zweiten Notenbank Chinas hat Japan ein außerordentlich wirksames Mittel zur indirekten Beherrschung der chinesischen Politik und speziell der Finanz- und Verkehrsangelegenheiten in die Hand bekommen.

Das Ergebnis der inneren Kämpfe Chinas ist somit seine zunehmende Abhängigkeit von Japan. Wenn man diese Wirkung erkannt hat, wird man auch verstehen, warum Japan Tuan ruhig fallen ließ. Die Wirren bieten die beste Gelegenheit, um im Trüben zu fischen und systematisch Anleihewucher und Konzeptionserpressung zu

treiben. Wenn der innere Streit nicht gewesen wäre, hätte China jetzt sich finanziell und damit auch politisch unabhängiger machen können, so daß Japan seine Ziele in China nur auf dem wenig empfehlenswerten Wege offener Gewalt hätte erreichen können. Jetzt kann Japan den chinesischen Politikern das Odium der Schwächung Chinas anhängen und für sich den äußeren Schein einer freundschaftlichen und korrekten Haltung gegenüber China und seinen Alliierten wahren. Es ist daher auch nicht ganz unwahrscheinlich, daß „Peking Gazette“ recht hat mit der Behauptung, daß auch die Südpartei nicht ohne japanisches Gold sich hält.

Da der Weltkrieg noch fort dauert, kann Japan das Intrigenpiel in China noch solange fortsetzen, bis das nahende Kriegsende die Errichtung einer starken, Japan ergebenden Zentralgewalt erforderlich macht. Japan hat aber bereits so viel erreicht, daß es vielleicht bald schon es nützlicher findet, Chinas inneren Wirren und den daraus entstehenden wirtschaftlichen Schäden ein Ende zu bereiten, zumal sonst die Gefahr droht, daß die Situation Japan über den Kopf wächst. Hier auf deutet die telegraphische, also immerhin zweifelhafte Nachricht hin, daß in Szechwan zu Gunsten der Nordpartei bereits japanische Truppen, vom Generalgouverneur von Kwantchou entsandt, kämpfen sollen.

Sollte aber Japan es sich leisten können, die inneren Gegensätze in China noch einige Zeit weiterwirken zu lassen, — die zwischen Norden und Süden in Nanjing aufgenommenen Versöhnungsverhandlungen sollen Mitte Dezember infolge der neuen Kämpfe in Szechwan gescheitert sein, — so mag es vielleicht noch dahin kommen, daß das chinesische Volk und die Ententemächte selbst Japan um sein aktives Eingreifen zur Wiederherstellung geordneter Zustände bitten müssen.

Gesondert vom chinesischen ist das Geschick der Mandschurei zu betrachten. Ich habe bereits am 9. Nov. 1916 in Nr. 45 eine Übersicht all der systematischen Maßnahmen zur völligen Japanisierung der Mandschurei gegeben. Inzwischen haben sich in dem russischen Teile der Mandschurei bedeutende politische Vorgänge abgespielt. Kirin ist von chinesischen Truppen im Auftrage der Entente unter Kämpfen gegen die dortigen Maximalistentruppen besetzt. Japan hat sich dabei ganz im Hintergrund gehalten. Es ist aber kaum ein Zweifel, daß es der eigentliche Drahtzieher auch in dieser Tragödie ist, denn es erzielt damit einen doppelten Erfolg:

Erstens drängt es Rußland in der Mandschurei zurück, ohne aber seine Bundespflichten gegen Rußland offen zu verletzen. Wenn die vorgeschobene chinesische Regierung — vielleicht handelt es sich sogar nur um die Truppen der chinesischen

Militärgouverneure der Mandschurei, von denen der von Kirin unlängst seine „Unabhängigkeit“ erklärte — später ihre von Rußland gewaltsam zurückgenommenen Rechte in der Nordmandschurei an Japan abtritt, so ist das dann eine japanisch-chinesische Angelegenheit.

In zweiter Linie aber hat durch diese Vorschübung Chinas Japan sich geschickt der allem Anschein nach von ihm insgesam England gegenüber übernommenen Verpflichtung entzogen, auf ein zum Sonderfrieden entschlossenes Rußland durch Offensive im Osten einen Druck auszuüben. Man erfüllt Englands Wunsch, ohne sich Rußland gegenüber zu kompromittieren, solange dies noch vermeidbar ist.

Die weiteren telegraphischen Meldungen japanischer (und beabsichtigter amerikanischer) Truppenlandungen in Wladiwostok sind noch wenig klar. Man wird sich erinnern, wie viel völlig erfundene Berichte — von denen ich deswegen auch nie Notiz nahm — vor Monaten bereits nach dem Sturze Miljukows über japanische militärische Operationen in Wladiwostok und der Mandschurei, teils von Amerika aus Eifersucht, teils von England zwecks Druck auf die neue Kerenski-Regierung, in die Welt gesetzt wurden. Diesmal ist die Wahrscheinlichkeit, daß Japan in Wladiwostok eingreift, zwar um so größer, je ernsthafter die russische Sonderfriedensgefahr ist. Aber solange noch die europäischen Ententemächte mit den Maximalisten nicht offiziell brechen, wird auch Japan sich zurückhalten. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß es vorbereitende Schritte durch Entsendung von „Spezialtruppen“ zur „Ordnung des Hafens- und Bahnverkehrs“ und zum „Schutz der Ententeangehörigen“ gegen maximalistische Eigentumsauffassungen bereits jetzt tut oder getan hat.

Jedenfalls ist Japan auch in der Mandschureipolitik in der glücklichen Lage, sich durch andere die ersehnten Kastanien aus dem Feuer holen und direkt aufdrängen lassen zu können. Die Früchte der englischen Weltpolitik reifen im Osten für Japan, und das zu einer Zeit, in der dieses, wie wir aus einem besonderen Aufsatz ersehen, sich zu überlegen beginnt, ob es zweckmäßig ist, den Bund mit England auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten.

Die hier im großen Umriß gezeichnete Gestaltung der Verhältnisse in China ist von größter Bedeutung für die zukünftige politische und wirtschaftliche Lage im Osten und die dortige, zukünftige deutsche Betätigung. Das Allgemeinbild bedarf daher noch in manchen Teilen einer Ergänzung im Detail, die demnächst folgen soll.

Dr. P. Heile

Goldküste

Wir geben im Nachstehenden einen Auszug aus dem Jahresbericht 1916 für die westliche Provinz der britischen Goldküsten-Kolonie in der „Government Gazette Supplement“ Nr. 3 v. 29. 10. 1917.

Wir enthalten uns zunächst jeglichen Kommentars und geben nur die Erklärungen des Kommissars, teils wörtlich, teils im Auszug, wieder.

Die Einkünfte der Provinz, ausgenommen die der Eisenbahnen, Polizei und Post betragen:

	1914	1915	1916
Die Einfuhr belief sich auf:	£ 274 620	280 234	333 436
Waren	£ 1 557 816	1 505 574	1 696 104
Bargeld	£ 390 700	432 652	252 499

Die Ausfuhr belief sich auf:

Waren	£ 2 576 000	2 775 932	2 324 240
Bargeld	£ 104 411	32 277	96 300
Die Zolleinnahmen betragen	£ 252 273	259 624	310 704

Über die Wirtschaftsentwicklung in 1916 schreibt der berichterstattende Beamte in Sekondi unterm 7. 5. 17:

„Da der Weltkrieg jetzt in das dritte Jahr eingetreten ist, bietet sich eine gute Gelegenheit, seinen Einfluß auf die Provinz zu beurteilen. Trotz der gewaltigen Verschiebung des Handels durch die stets zunehmende Verminderung der Verschiffungsmöglichkeiten, des fast vollständigen Aufhörens des Holzhandels (Mahagoni), der Spärlichkeit und der großen Kostenerhöhung des Minen- und jeden anderen